

# Danziger Zeitung

## Westpreussisches Volksblatt

## Danziger Volksblatt

**Verkaufspreis:** Durch Austräger oder Zweigstellen monatl. 2,50 DM., durch die Post im Freistaat und Deutschland 3,00 DM., nach Ausland durch Träger 4,00 DM., durch die Post 4,25 DM., nach Polen unter Kreuzband 5,25 DM., Einzelpreis 0,15 DM., bzw. 0,25 DM. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat der Betreuer oder Eigentümer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, veräußert oder nicht erscheint. Unterl. Manusk. werden nicht zurückgegeben. **Verleger:** Danziger Zeitungsgesellschaft und Redaktion: 247 96 und 247 97. Druckverteilung: 248 97.

**Anzeigen für den Freistaat Danzig  
Pommerellen und die östlichen Gebiete**

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Heimatlänge“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“, „Wochenend und Ferien“.

**Anzeigenpreise und -bedingungen:** Die einseitige Millimeterzeile (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigenteil 10 Pf., im Reklameteil (83 mm breit) 50 Pf. Auslandspreise, Beilagen und Rabatte nach Tarif. Auf amtliche Anzeigen kein Rabatt. Plak. u. Terminverpflichtungen sowie teils. Beilagen und Abstellungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Für Fehler inoffiziellen Manuskripts oder tel. Aufträge keine Gewähr. Bei verspäteter Zahlung, Kontierung, Verzögerung und gerichtlich. Bedingungen kein Rabatt. Gerichtsstand Danzig. Telefon: Danziger Zeitungsgesellschaft.

Reichsinnenminister Dr. Frick

## Bevölkerungs- und Rassenpolitik im neuen Reich

Gegen den Geburtenrückgang — Für Familienlohn — Gegen die Asozialen — Teilweise gewagte Methoden  
Zum guten Teil altes katholisches und Zentrumsgut.

Berlin, 28. Juni (WZB.). Auf der heutigen ersten Sitzung des Sachverständigenrates für Bevölkerungs- und Rassenpolitik hielt der Reichsinnenminister eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Deutschland ist das Land, das sowohl während des Krieges wie nach dem Kriege den bedrohlichsten Ausfall an Geburten zu verzeichnen gehabt hat. Während wir um die Jahrhundertwende noch etwa zwei Millionen Geburten im Jahre hatten, sind es heute nur noch rund 875 000. Das deutsche Volk ist zum Ein- ja zum Kind-System übergegangen. Der Rückgang der Sterblichkeit im volkswirtschaftlichen Gesamtstand unseres Volkes reicht nicht mehr aus, um die Erhaltung des Bevölkerungsstandes zu sichern. Nur die ländlichen Gemeinden haben noch einen geringen Geburtenüberschuss, der aber nicht mehr ausreicht, um den Verlust in den Städten zu ersetzen.

Unser Volk geht unweigerlich einer starken Ueberalterung und Vergreisung entgegen.

Doch es ist nicht nur die Zahl, die zu Bedenken Anlaß gibt, sondern im gleichen Maße die Güte und Beschaffenheit unserer deutschen Bevölkerung. Es gibt Autoren, die bereits 20 Prozent der deutschen Bevölkerung als erblich geschädigt ansehen, von denen dann also Nachwuchs nicht mehr erwünscht sei.

### Neues in Kürze

Im ganzen Reich, namentlich auch in Berlin, fanden gestern überall große Protestkundgebungen gegen das Versailles-Diktat statt.

Vielzahl von Papen ist zusammen mit dem deutschen Botschafter in Rom, Haffel, gestern in Rom eingetroffen.

Im Stadtholmer Konzerthaus wurde gestern nachmittag die große Weltkonferenz eröffnet. Anwesend waren gegen 900 Delegierte aus 40 Ländern. Die Begrüßungsansprache hielt der Kronprinz, der auch Schirmherr der Konferenz ist.

Der Intendant der Norddeutschen Rundfunk GmbH, Hans Bodenstedt, ist gestern auf eigenen Wunsch von seinen Geschäften entbunden worden. Bis zur Wiederbesetzung des Intendantenpostens wird der Direktor des Nordfunks Gustav Kupe die Gesamtleitung der Gesellschaft übernehmen.

Die Niederländische Bank hat ihren Diskontsatz mit sofortiger Wirkung von 3½ auf 4½ Prozent erhöht.

Der Führer der holländischen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz, Ministerpräsident Colijn, erklärte gestern, daß Holland keineswegs beabsichtigt, die Goldwährung aufzugeben. Alle gegenseitigen Gerüchte hierüber entbehren jeglicher Grundlage.

Die Reichsführung der Deutschen Staatspartei erläßt folgende Erklärung: Die Deutsche Staatspartei wird hiermit aufgeführt.

Aus Gründen der Vereinfachung der Führung des Reichslandbundes wird beim Reichsbauernführer Walter Darré ein aus 13 Referaten bestehendes Stabsamt errichtet, dessen Leitung der stellvertretende Amt für Agrarpolitik, Dr. Hermann Reichle, übernimmt.

Die für den gestrigen Mittwoch anberaumte Sitzung des Reichsarbeitsgerichtes mußte ausfallen, da, wie bekanntgegeben wurde, ein Beisitzer von Arbeitnehmersseite, der Reichsarbeitsrichter Danziger-Berlin, kurz zuvor festgenommen worden war.

Der russische Volkskommissar Litwinow hatte gestern morgen abermals eine Besprechung mit dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen, Sir John Simon.

Wie das WZB-Büro meldet, hat das Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages, Hauptmann a. D. Farny, sein Reichstagsmandat ohne Angabe einer Begründung niedergelegt. Er war Reichstagsmitglied seit der 5. Wahlperiode 1930 und ist im Wahlkreis 31 (Württemberg) für das Zentrum gewählt worden. Er betätigt sich als Guts- und Brauereibesitzer.

Bei einem Schlaganfall in einem Bergwerk in San Ramon (Spanien) wurden vier Arbeiter getötet und vier schwer verletzt.

Bei einem Großfeuer in München wurden in einer Garage 35 Kleinautos vernichtet.

Fünf sozialdemokratische Funktionäre in Rastenburg (Ostpreußen), unter ihnen Oberstaatssekretär Born und Gewerkschaftssekretär Chleben, wurden in Schutzhaft genommen.

Der bisherige Führer des DSV, Milgrom, ist von seinem Posten zurückgetreten. Mit der Leitung des DSV ist sein bisheriger Vertreter von der SPD bekannt worden.

In den Solymarer Bergwerken (Ungarn) der Kohlenbergbau A.-G. Budapest ist gestern ein wegen Ueberschwemmung außer Betrieb gesetzter Schacht eingestürzt, wodurch die Zugänge des benachbarten Schachtes verschüttet wurden. 11 Bergleute, die in diesem Schacht arbeiteten, sind von der Außenwelt abgesperrt. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Es kommt hinzu, daß gerade oft schwächere und minderwertige Personen eine überdurchschnittlich große Fortpflanzung aufweisen. Das bedeutet, daß die begabtere wertvolle Schicht von Generation zu Generation abnimmt und in wenigen Generationen nahezu völlig ausgestorben sein wird. Unsere Nachbarn im Osten haben etwa die doppelte Lebendgeborenenzahl. Die Abwanderung von dem Lande in die Städte, aus dem Osten nach dem Westen hat bereits in einigen Ländern einen so großen Rückgang geführt, so daß trotz der vorhandenen Arbeitslosigkeit die Gefahr der Zuwanderung von Fremdstämmen im Osten besteht. In gleichem Maße müssen wir die fortschreitende Rassenmischung und Rassenartartung unseres Volkes mit Sorge verfolgen.

Bei der überaus starken Belastung unseres Volkes mit Steuern, Sozialabgaben und Zinsen dürfen wir uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß

der Staat an einen Umbau der gesamten Gesetzgebung und eine Verminderung der Lasten für Minderwertige und Asoziale heranzugehen

haben wird. Es kostet der Geistesranke etwa vier Reichsmark den Tag, der Verbrecher 3,50 RM., der Krüppel und Taubstumme 5—6 RM. den Tag, während der ungelernete Arbeiter nur etwa 2,51 RM., der Angestellte 3,60 RM., der untere Beamte 4.— RM. den Tag zur Verfügung haben. Das sind Folgen einer übertriebenen Fürsorge für das Einzelindividuum, die den Arbeitswillen der Gesunden erniedrigt und das Volk zu Rentnemppfängern erzogen muß. Andererseits belasten sie die wertvollen Familien derart, daß Abtreibung und Geburtenverhütung die Folge davon sind.

Zur Erhöhung der Zahl erbgewundener Nachkommen haben wir zunächst die Pflicht,

die Ausgaben für Asoziale, Minderwertige und hoffnungslos Erkrankte herabzusetzen und die Fortpflanzung der schwer erblich belasteten Personen zu verhindern.

Mit der Ausmerze und Auslese ist jedoch noch nichts erreicht, wenn wir nicht durch positive bevölkerungspolitische Maßnahmen die Familiengründung und die ausreichende Fortpflanzung der wertvollen erbgewundenen deutschen Menschen erreichen. Die bisherige Gesetzgebung und Praxis hat zu einer Bevorzugung der Kinderlosen und Kinderarmen geführt.

Wenn heute noch Millionen von Müttern, oft gerade kinderreiche Mütter, neben ihren häuslichen Pflichten im Arbeitsprozess stehen, nur weil sie den Ernährungsbedarf ihrer Kinder decken müssen, während unversehrte männliche Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, so ist es höchste Zeit, daß wir an die Lösung dieses Problems mit Energie

herangehen und durch Familienlastenausgleich Wandel schaffen. Die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen sind auf ihre familienfeindliche Wirksamkeit hin nachzuprüfen und eine familienfreundliche Gesetzgebung ist in Angriff zu nehmen.

Es muß ermöglicht werden, für Einkommenssteuerpflichtige durch härtere gestaffelte Steuerlasten in Prozenten der Steuer einen fühlbaren Ausgleich zu schaffen.

Ebenso müßte die Befoldung der Beamten nach dem Familienstand und der Kinderzahl noch wirksamer abgestuft werden. Es müßte etwa ausgegangen werden von dem Gehalt, das ein Beamter zur Unterhaltung von drei bis vier Kindern benötigt, um es je nach der Kinderzahl nach unten und oben zu staffeln. Während die freien Berufe und der gewerbliche Mittelstand wie alle Unternehmertreffe durch einen wirksamen Steuernachschuß erspart werden könnten, gibt es bei Angestellten und Lohnempfängern nur die Möglichkeit, den Ausgleich durch

Ausgleichsclaffen zu schaffen, in die alle nach Maßgabe ihres Einkommens Beiträge zu zahlen oder je nach der Höhe der Kinderzahl einen Ausgleich zu erhalten hätten. Bei der schwierigen Finanzlage erscheint die Durchführung aller dieser familienfördernden Maßnahmen allerdings nur möglich, wenn eine Entlastung auf anderen Gebieten, z. B. durch Vereinheitlichung und geeignete Sparmaßnahmen im Sozialversicherungswesen eintritt.

Vieles von dem, was Reichsinnenminister Dr. Frick hier ausgeführt hat, können wir nur unterstützen und billigen, es bewegt sich ganz auf der Linie, auf der sich der bewußte Katholizismus und die Politik der Zentrumspartei ständig bewegt haben. Wir dürfen nur an den zähen und unnachgiebigen Kampf der Kirche und der katholischen Organisationen, auch der Zentrumspartei, erinnern gegen dies Ein- und Keintinderystem, gegen die Abtreibung und deren Straffreiheit, gegen die empfängnisverhütenden Mittel usw. Und wenn Minister Frick sich einsetzt für besondere Berücksichtigung der Kinderreichen, so ist das alles Erbgut aus der Zentrumspartei, die in diesem Sinne unentwegt gekämpft und auch teilweise, allerdings auch nur teilweise, Erfolge nach dieser Richtung zu verzeichnen gehabt hat. Sie stand in diesem Kampfe meistens allein, fand keine Unterstützung bei den anderen Parteien, weder bei der Linken noch bei der Rechten, in diesem Bestreben. Auch der Gedanke der Ausgleichsclaffen für kinderreiche Arbeiter und Angestellte ist nichts Neues sondern altes Zentrumsgut. — Manche in der Rede angedeutete Dinge aber müssen bedenklich stimmen, ja sie müssen von unserem katholischen Standpunkte abgelehnt werden, wenn Herr Dr. Frick mit seinen allgemeinen sozialistischen Rassenhygieniker verwechseln und wollen. Doch darüber wird noch zu reden sein.

## Minister Goebbels kündigt dem Zentrum Vernichtung an

Stuttgart, 28. Juni. Im Halbmundjahr des württembergischen Landtages empfing Reichsminister Dr. Goebbels heute nachmittag im Beisein des Reichstagsalterspräsidenten der württembergischen Regierung, des Amtswalters der NSDAP, und die württembergische Presse, Verleger und Redakteure.

In seiner Rede äußerte sich Reichsminister Dr. Goebbels ausführlich über das Wesen und die Ziele der deutschen Revolution.

Mit großer Schärfe wandte sich Dr. Goebbels gegen das Zentrum, das als einzige größere Partei noch übrigbleibe. Wenn das Zentrum gut beraten sei, mache es seinen Laden selbst zu. Jedenfalls werde die nationalsozialistische Staatsführung den Experimenten des Zentrums nicht mehr lange mit verschränkten Armen zusehen. Das Zentrum ist, so betonte Dr. Goebbels mit Nachdruck, ziemlich überflüssig und hat keine Existenzberechtigung mehr. Was dem Katholizismus dient, wissen wir selbst, wir wissen aber auch, was der deutschen Nation dient. Wenn wir das Zentrum aus der Welt der politischen Realitäten entfernen, erweisen wir der Kirche nur einen Dienst, für den sie uns dankbar sein soll. Unser Standpunkt ist: Wir bulden neben uns keine Partei. Kraft unserer Stärke vernichten wir die anderen Parteien. Wenn sie sich nicht selbst auflösen, lösen wir sie auf. Der Weg zum totalen Staat ist beschränkt und wird zu Ende gegangen werden. Am Ende steht ein

deutscher Einheitsstaat von nationalsozialistischem Gepräge. Wir wollen niemanden terrorisieren, erklärte Dr. Goebbels weiter, sondern alle heranziehen. Hundertprozentig nehmen wir aber nur die Jugend auf. In 20 Jahren wird es in Deutschland überhaupt keine andere Weltanschauung mehr geben als unsere. Dann erst wird Deutschland außenpolitisch aktiv sein.

Der Parteienstaat, so führte Dr. Goebbels weiter aus, ist endgültig tot. Das ganze parlamentarische Getriebe war ein einziger Betrug. Heute ist dieser umspränkte Herr in Deutschland. Der Vorwurf, es regiere ja nur eine Minderheit den Staat, ist unhistorisch. Immer regierten Minderheiten, es fragt sich nur, wie sie zur Macht kamen. Versteht sich eine Minderheit auf das Bistum der Mehrheit, dann ist dies edelste auf germanischen Grundstücken aufgebaute Demokratie. Damit ist ein Idealzustand der deutschen Führungshierarchie wiederhergestellt.

Wir wollen uns mit dieser Rede des Ministers Goebbels hier nicht weiter auseinanderzusetzen, wir müssen aber ihm, der als Katholik mit der katholischen Kirche gebrochen hat und der Exkommunikation verfallen ist, das Recht abstreiten, darüber zu sprechen, was dem Katholizismus dient und was nicht. Mehr können wir hier leider nicht sagen.

## Danzig und das polnische „Fest des Meeres“

Kommt es zu einer Danzig-polnischen Verständigung?

Heute am 29. Juni, wo in allen größeren und kleineren Städten der polnischen Republik das „Fest des Meeres“ festlich und feierlich begangen wird, wo Festreden und Umzüge Polens sich erwachten Willen zu einer Seepolitik aufs dringlichste dokumentieren, ist ganz naturgemäß der neu aufgebaute polnische Hafen Gdingen nicht allein in den Blickpunkt aller polnischen Staatsbürger sondern auch in den Blickpunkt aller Welt gerückt. Er rückt vor allem aber auch in den Blickpunkt von uns Danzigern. Denn nicht mit Unrecht steht man schon allenthalben in Gdingen eine Schicksalsfrage Danzigs, nicht mit Unrecht macht uns das starke Aufsteigen dieses kaum 12 Kilometer von uns entfernten polnischen Hafens, macht uns seine abwärtsgehende Konkurrenz lange Sorgen. Wären es nur nur rein wirtschaftliche Fragen, die das Aufblühen und Anwachsen dieses neuerrichteten Hafens bedingen, wäre es ein rein technisches Ueberlegen, das unseren Hafen in diesem Konkurrenzkampf mit Gdingen dem Kürzeren ziehen läßt, so müßte man sich vielleicht wohl über übel mit einem unabweisbaren Schicksal abfinden. Aber so ist es bei aller Ueberlegenheit des Für und Wider nicht. Im Gegenteil, Gdingen wurde durch ein offensichtliches Unrecht zu einer Schicksalsfrage für Danzig, Gdingen konnte sich durch einen offensichtlichen Rechtsbruch zu seiner heutigen für Danzig gefährlichen Leistungsfähigkeit entwickeln.

Und so bleibt uns an einem Tage, an dem in ganz Polen mit dem „Fest des Meeres“ auch der Bau Gdingens gefeiert wird, nichts anderes übrig, als erneut auf das hinzuweisen, was uns Danzigern mehr als geläufig ist und was auch allen Einseitigen in der Welt einleuchtet. Nämlich daß die Errichtung der Freien Stadt Danzig, daß die in Versailles aufgezogene Postenlinie Danzigs vom deutschen Mutterlande aufs engste damit zusammenhängt, daß der Hafen von Danzig, der ja Danzigs Lebensnerv ist, der Hafen für Polens seewärtige Ein- und Ausfuhr sein sollte. Daß auf die klandestinen Vorstellungen der Polen in Versailles, jedes Land brauche doch seinen eigenen Hafen, die ganz deutlich im Hinblick auf Danzig und seinen Hafen erfolgten, gerade deshalb Danzig vom Reich losgelöst wurde, weil man nachgebend den Polen die Garantie bieten wollte, ungehindert den Danziger Hafen für sich zu benutzen. Deshalb schuf man in Versailles nach langem Hin und Her den unter den Aufsicht des Völkerbundes stehenden Freistaat, deshalb verknüpfte man ihn zollpolitisch mit Polen, gab ihm die Eisenbahn und unterstellte den Hafen einer deutsch-polnischen Kommission mit einem schweizerischen Kommissar als Präsident. Und so war es nur Danzigs elementarstes Recht, wenn es von Anfang an auf diese notwendige Benützung des Danziger Hafens durch Polen hinwies und sich von Anfang an gegen eine Entwicklung der polnischen See- und Hafenpolitik wandte, die mit der Errichtung des Hafens Gdingens im offenbaren Widerspruch zu der Versailles Regelung, die ja vertragsmäßig festgelegt ist, stand. Und so war es nur selbstverständlich, wenn schon im Jahre 1921 der damalige hohe Kommissar, der Engländer Gillingham dem beginnenden polnischen Rechtsbruch einen Riegel vorzulegen wollte, indem er eine Entschädigung erließ, die übrigens von Polen angenommen wurde, und die besagte, daß Polen, ganz gleich ob es anderswo einen eigenen Hafen baut oder nicht, verpflichtet sei, den Danziger Hafen voll auszunutzen. Daß diese Verpflichtung Polens von einem zweiten hohen Kommissar, dem Grafen Gravena erneut festgelegt wurde, ist wohl noch in unser aller naher Erinnerung. Somit ist Danzigs Rechtsgrundlage in dieser Frage einwandfrei bis ins Letzte und jeder neutral und objektiv Denkende wird zugeben müssen, daß Polen dadurch, daß es unter Einschaltung Gdingens den Danziger Hafen nicht voll ausnützt, einen offensichtlichen Rechtsbruch begeht, der im Widerspruch zu dem grundlegenden Versailles Vertrag steht.

Nun wird aber immer wieder von polnischer Seite als Begründung für dieses Abgehen vom Vertraglichen angeführt, daß für die rapide Entwicklung des polnischen seewärtigen Warenverkehrs der Danziger Hafen in seiner Leistungsfähigkeit sich als zu klein erwiesen habe und daß selbst die Errichtung der Freien Stadt Danzig nicht eine Sicherheit für die ordnungsmäßige Abwicklung des polnischen seewärtigen Warenverkehrs biete. Nichts ist unsinniger und verkehrter als diese Begründung. Ein einziger Blick auf Danzigs Hafenanlagen zeigt, daß seit Versailles alles geschehen ist, um den Danziger Hafen so auszubauen, daß er selbst den größten polnischen Anforderungen genügt. Daß Danzigs gewaltige Hafenausdehnung und technisch moderne Hafenausstattung jede beliebige Umstellung und Ausbreitung gemäß den polnischen Wünschen und Bedürfnissen erlaubt.

Vielleicht ist es in diesem Zusammenhange einmal angebracht, auf die Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens an Sand von Zahlen und Tatsachen hinzuweisen. Die Uferlänge des Danziger Hafens beträgt 30,8 Kilometer; 8,6 Km. davon sind landmäßig ausgebaut. Die Wasserfläche der benutzbaren Binnenhafenanlagen beträgt 211 Hektar, wozu noch



685 Sektar Flußhafenfläche kommen, Lagerungsmöglichkeiten auf dem Lande gibt es in einem Gesamtumfang von etwa 2 Millionen Quadratmeter. Dazu kommen noch 2,5 Millionen Quadratmeter Lagerungsfläche auf dem Wasser. Die Anschließfläche im Hafengebiet erreichen eine Länge von 330 Kilometer. 88 Kräne und spezielle Umschlagseinrichtungen sind im Hafengebiet vorhanden. Die gebrauchsfähigen Lagergeschuppen stehen auf einer Fläche von 237 761 Quadratmeter. (Im Freizebiet allein an der Südküste 19 970 Quadratmeter, an der Nordküste 8250 Quadratmeter.) Die vorhandenen Speicher fassen 160 000 Tonnen, die verschiedenen Tankanlagen 93 000 Tonnen. Alles in allem besitzt der Danziger Hafen nach einwandfreiem neutralen Gutachten eine Leistungsfähigkeit von jährlich 13,5 Mill. Tonnen. (Bovon im Jahre 1932 5,5 Millionen Tonnen wirklich ausgenutzt wurden). Also eine Leistungsfähigkeit, die auch den größten Anforderungen gerecht wird und die mit dem polnischen leistungsfähigen Warenverkehr in seiner höchstmöglichen Form fertig werden kann. Außer dieser rein technischen Leistungsfähigkeit dürfen natürlich auch die anderen Vorteile nicht übersehen werden, die den Danziger Hafen durch seine jahrhundertalte Tradition auszeichnen und die u. a. in seiner eingearbeiteten Hafenarbeiterkraft, seiner schnellen und einwandfreien Zollabfertigung, seinem ausgebreiteten Fernverkehr nach allen Ländern, seiner unbedingten Sicherheit bestehen und die somit weitere wertvolle Faktoren seiner Leistungsfähigkeit sind.

Also an Danzig kann es keineswegs gelegen haben, wenn hinsichtlich der Leistungsfähigkeit seines Hafens von polnischer Seite Beschwerden erhoben wurden. Auch nicht an der Sicherheit im Hafen, die nie gefährdet wurde und die selbst in Tagen scharfster politischer Spannungen einwandfrei, ja geradezu vorbildlich blieb. Die Gründe, warum Polen Danzig nicht voll ausnützte liegen ganz wo anders und sind durch ganz andere begründet. Es würde zu weit führen, diese Gründe, die zum Teil auch politischer Art sind, im Einzelnen anzuführen und auszuführen. Die Forcierung des Ausbaues von Gdingen ist darin ja nur ein Komplex und deshalb nur in die Augen fallend, weil er uns Danzigers in seiner gerade in diesen Monaten offenbar werdenden Ueberflügelluna nur allzu deutlich vor Augen führt, wohin der Weg geht, wenn wir uns nicht dagegen wehren. Wenn wir nicht immer wieder auf unser Recht, auf die Sicherheit und die Leistungsfähigkeit unseres Hafens hinweisen. Wenn wir aber auch daneben nicht verzichten, mit Polen gerade in dieser Frage zu einem Uebereinkommen, zu einer Zusammenarbeit zu kommen. (Selbst wenn so manche vorangegangene Versuche in dieser Hinsicht leider fehlschlagen.) Ein Zeichen dafür, daß die neue Danziger Regierung unter nationalsozialistischer Führung sich dem letzteren nicht verschließen will, zeigt ja gerade die

## Bundeskanzler Dollfuß kündigt eine Verfassungsänderung an

Wien, 28. Juni. Das Blatt „Neue Presse“ veröffentlicht ein Interview seines Wiener Vertreters mit dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß. Der Kanzler kündigte weitere scharfe Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten an, ferner eine Revision der österreichischen Verfassung, weil das derzeitige Parlament seinen Aufgaben nicht gewachsen sei und die Regierung infolgedessen Maßnahmen hätte ergreifen müssen, die den äußeren Anschein der Diktatur trügen, ohne daß aber ein Diktaturregime geplant sei. Dieser Fehlschlag der Verfassung würde ausgemerzt werden, um der Nation eine ihren wirklichen Bedürfnissen entsprechende Volksvertretung zu geben.

## Wechsel in der Führung der sächsischen Polizei

Dresden, 28. Juni. Nach Mitteilung der sächsischen Staatskanzlei ist Oberpräsident von Dettmer von dem Oberbefehl über die gesamte sächsische Polizei entbunden worden, um seine Arbeitskraft ausschließlich für die Führung und Umorganisation der sächsischen SA-Maßnahmen freizumachen.

Die Leitung der ersten Abteilung des Ministeriums des Innern einschließlich der Geschäfte des bisherigen Oberpräsidenten von Dettmer ist dem Kreishauptmann von Burgeorf kommissarisch übertragen worden.

## Die Organisation der deutschen Jugend

Berlin, 28. Juni. Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, gibt nunmehr den Organisationsplan für die deutsche Jugend heraus, wie er dem Reich in Kraft treten wird. Danach steht an der Spitze der deutschen Jugend Reichsjugendführer Adolf Hitler, unter ihm als sein Beauftragter der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach. Die Reichsjugendführung gliedert sich in 13 Abteilungen, denen wieder Unterabteilungen angegliedert sind.

## Kommunisten werden auf jeden Fall entlassen

### Durchführungsbestimmungen für preussische Angestellte und Arbeiter.

Berlin, 28. Juni. Wie das VöZ-Büro meldet, steht von den maßgebenden preussischen Stellen die Durchführungsbestimmungen für die Anstellung und Arbeiter im Zusammenhang mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ bekanntgegeben worden. Sie ordnen an, daß die Durchführung des Gesetzes nun auch bei Angestellten und Arbeitern unverzüglich einzuleiten ist. Kommunisten werden auf jeden Fall entlassen. Ihre Vorbildung ist nicht besonders zu prüfen. Nach dem Willen des Gesetzes haben sie stets die durch Gesetz bestimmten Voraussetzungen nicht erfüllt.

Als Kommunisten, so heißt es weiter, heißt ihnen auch die sonstige Eignung, gleichgültig, ob sie schon beim Eintritt in den Staatsdienst Kommunisten gewesen oder später geworden sind. Es ist auch gleichgültig, ob an die kommunistische Einstellung bis in die letzten Tage oder nur bis zu einer bestimmten Zeit nachzuweisen ist. Es muß nur nach den Umständen anzunehmen sein, daß sie Kommunisten geblieben sind. Dabei ist die Mitgliedschaft bei der KPD oder ihren Vorläufer- bzw. Ersatzorganisationen ebenfalls zu berücksichtigen, wenn eine kommunistische Einstellung in der Vergangenheit festzustellen ist. Gleichgültig ist die Mitgliedschaft in der KPD oder ihren Vorläufer- bzw. Ersatzorganisationen, wenn nach dem Willen des Gesetzes auf jeden Fall entlassen. Ausnahmen sind nur möglich, wenn sich der Angestellte oder Arbeiter von der

Reise Präsident Dr. Kaufhings und Senator Greifers nach Warschau, die, wie wir heute melden können, am 3. Juli stattfinden. Es besteht kaum ein Zweifel, daß gerade die Frage Danzigs in den bevorstehenden Verhandlungen mit der polnischen Regierung im Mittelpunkt stehen wird. Und daß man von Danziger Seite aus alles versuchen wird, um gerade in dieser für Danzig so lebenswichtigen Frage zu einer Vereinbarung zu kommen. (Daß man bei allem Entgegenkommen Danzigerseits keineswegs von Danzigs Rechtsstandpunkt abgehen wird, versteht sich wohl von selbst.) Wir, die wir stets für eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen auf der vertrag-

## Reichskanzler Hitler fährt nach Neudorf

Berlin, 28. Juni. Wie wir erfahren, wird im Zusammenhang mit dem Rücktrittsgesuch des Reichsministers Dr. Eugen Berg in den nächsten Tagen in Neudorf zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler eine Aussprache über die damit zusammenhängenden Fragen stattfinden.

Die Meldung von der beabsichtigten Reise des Reichskanzlers zum Reichspräsidenten dürfte, wie aus politischen Kreisen verlautet, mit der durch den Rücktritt des Reichsministers Dr. Eugen Berg geschaffenen Lage zusammenhängen.

Ueber die Neubesetzung der preussischen Ministerien für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und für Wirtschaft und Arbeit ist noch nicht gesprochen worden. Ob es bei der bisherigen Form bleibt, daß diese preussischen Ministerien von den zuständigen Reichsministern mitverwaltet werden, kann noch nicht gesagt werden. Daß das Rücktrittsgesuch des Reichsministers Dr. Eugen Berg genehmigt wird, dürfte wohl außer Zweifel stehen. Die Bewilligung dürfte nur noch als eine Formsache zu betrachten sein.

## Präsident Dr. Kaufhning und Senator Greifer fahren nach Warschau — Am 3. Juli.

Die Pressestelle des Senats der Freien Stadt Danzig gibt bekannt: Im Zusammenhang mit der Amtübernahme des neuen Senats in Danzig haben der neu gewählte Präsident des Senats, Dr. Kaufhning, und der stellvertretende Präsident des Senats, Greifer, den Wunsch geäußert, einen offiziellen Besuch in Warschau abzugeben. Im Einvernehmen zwischen der polnischen Regierung und dem Senat der Freien Stadt Danzig ist der Besuch auf den 3. Juli festgesetzt worden.

Es ist in Aussicht genommen, gelegentlich dieses Besuches sich über die Möglichkeit der Aufnahme direkter Verhandlungen betreffend die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und Danzig zu verständigen.

## Polizeiaktion gegen kath. Studenten-Verbindungen

Der „Börsen-Zeitung“ meldet aus Breslau: In den Vormittagsstunden des Mittwochs wurde von etwa 20 Beamten der Geheimen Staatspolizei und 60 Angehörigen des Nationalsozialistischen Studentenbundes, Landesführung Schlesien, eine große Aktion gegen 12 Breslauer katholische Studentenverbindungen des CV., K.V. und U.V. durchgeführt. Die Aktion war deshalb notwendig geworden, weil die Führung der 12 Verbindungen die Ausübung des Wehrsports hindernisse in den Weg legte und außerdem eine der NSDAP feindliche Haltung an den Tag legte.

Es wurde umfangreiches Material beschlagnahmt, das von der Staatspolizei durchsucht werden wird. Einige Schutzhaftmaßnahmen mußten erfolgen.

## „Times“ zur Berufung des Botschaftsrates Graf Bernstorff nach Berlin

London, 28. Juni. „Times“ schreibt: Es verlautet, daß Botschaftsrat Graf Bernstorff von der deutschen Botschaft ins Auswärtige Amt in Berlin abberufen worden ist und London dieser Tage verlassen wird. Graf Bernstorff ist in London 10 Jahre tätig gewesen. Er hat sich Vertrauen und die Hochachtung der britischen und auswärtigen Diplomaten erworben und hat in der englischen Gesellschaft eine sehr große Zahl persönlicher Freundschaften geschlossen. Er hat mehr als irgendein anderer einzelner amtlicher Vertreter mit der stetigen Besserung der englisch-deutschen Beziehungen zu tun gehabt, die bis vor einigen Monaten andauerte. Sein Erscheinen wird sicher sehr bedauert werden.

## Die Neubildung der Vertretungen protestantischer Kirchen

Der Generalsuperintendent der Mark Brandenburg beurlaubt. Berlin, 28. Juni. Der Staatskommissar für die evangelische Kirche in Preußen hat für die unterzügliche Neubildung der aufgelassenen gewählten kirchlichen Vertretungen folgendes verordnet:

Die kirchlichen Vertretungen werden wieder hergestellt durch Ernennung von Mitgliedern. Die Ernennung

lichen und rechtsmäßigen Grundlage eingetretene sind, können jedenfalls nur den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß wenigstens diesmal nach einem letzten Versuch diese Vereinbarung in ihrer heilsamen Auswirkung für beide Teile (und zwar nicht nur auf dem Papier), erzielt wird. Denn gerade diese Vereinbarung in der Danzig-Gdingen-Frage wird nicht zuletzt dafür maßgebend sein, daß all das, was die neue Regierung zur Behebung der Not für Staat und Volk auf wirtschaftlichem Gebiete plant, in seiner Verwirklichung auch zum Wohl aller ausgeht und einen Nutzen zeitigt, der im Hinblick auf Danzigs augenblickliche wirtschaftliche Notlage wirklich eine Abhilfe ist.

Dr. L. S.

wohl außer Zweifel stehen. Die Bewilligung dürfte nur noch als eine Formsache zu betrachten sein.

Inzwischen unterhält man sich bereits über die Frage der Nachfolge in den Reichsministerien. Daß es darüber irgendeine Diskussion gibt, ist natürlich vollkommen ausgeschlossen. Der Reichskanzler ernannt und sein Entschluß ist selbstverständlich richtig und gut (so heißt es in der amtlichen Ausfertigung). Als präsumptiver Nachfolger für den Posten des Reichsernährungsministers gilt seit langem der nationalsozialistische Reichsbauernführer Walter Darré, der bereits an der Spitze aller auf landwirtschaftlichem Boden vorhandenen Reichsorganisationen steht. Walter Darré ist bekanntlich der ernsteste sachliche Gegner der Landwirtschaftspolitik des Reichsministers Dr. Eugen Berg gewesen, die Gründe sind bereits dargelegt worden. Ueber die Neubesetzung der anderen Ministerien kann man wohl im augenblicklichen Stadium noch nichts Bestimmtes sagen.

## Präsident Dr. Kaufhning und Senator Greifer fahren nach Warschau — Am 3. Juli.

Die Pressestelle des Senats der Freien Stadt Danzig gibt bekannt: Im Zusammenhang mit der Amtübernahme des neuen Senats in Danzig haben der neu gewählte Präsident des Senats, Dr. Kaufhning, und der stellvertretende Präsident des Senats, Greifer, den Wunsch geäußert, einen offiziellen Besuch in Warschau abzugeben. Im Einvernehmen zwischen der polnischen Regierung und dem Senat der Freien Stadt Danzig ist der Besuch auf den 3. Juli festgesetzt worden.

Es ist in Aussicht genommen, gelegentlich dieses Besuches sich über die Möglichkeit der Aufnahme direkter Verhandlungen betreffend die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und Danzig zu verständigen.

## Polizeiaktion gegen kath. Studenten-Verbindungen

Der „Börsen-Zeitung“ meldet aus Breslau: In den Vormittagsstunden des Mittwochs wurde von etwa 20 Beamten der Geheimen Staatspolizei und 60 Angehörigen des Nationalsozialistischen Studentenbundes, Landesführung Schlesien, eine große Aktion gegen 12 Breslauer katholische Studentenverbindungen des CV., K.V. und U.V. durchgeführt. Die Aktion war deshalb notwendig geworden, weil die Führung der 12 Verbindungen die Ausübung des Wehrsports hindernisse in den Weg legte und außerdem eine der NSDAP feindliche Haltung an den Tag legte.

Es wurde umfangreiches Material beschlagnahmt, das von der Staatspolizei durchsucht werden wird. Einige Schutzhaftmaßnahmen mußten erfolgen.

erfolgt durch meine Bevollmächtigten. Der Bevollmächtigte legt Vorschlagslisten zu Grunde, die ihm von den durch ihn bestimmten Stellen eingereicht werden. (In Ermangelung von Vorschlagslisten trifft mein Bevollmächtigter die erforderlichen Bestimmungen nach Maßgabe der durch ihn zu ermittelnden und auf Grund dieses Prüfungsergebnisses festgestellten Entwicklung des kirchlichen Lebens.) Entgegenstehende Bestimmungen der Verfassungen der evangelischen Landeskirchen in Preußen sind bis auf weiteres außer Kraft gesetzt; meine Bevollmächtigten sind befugt, zur Durchführung der Neubildung Ausführungsanordnungen zu erlassen.

Auf seinen Antrag und im Einvernehmen mit dem Herrn Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, gewährte ich dem kommissarischen geistlichen Vizepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrates, Pfarrer Hoffenfelder, bis auf weiteres Urlaub mit der Anweisung, sich den Herrn Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers zur Durchführung der volkswirtschaftlichen Aufgabe zur Verfügung zu stellen.

Ich beurlaube mit sofortiger Wirkung den Generalsuperintendenten der Mark Brandenburg D. Karow.

Weitere Anordnungen folgen.

## Flaggenentzug des evangelischen Oberkirchenrates

Berlin, 28. Juni. Aus Anlaß des großen Wertes der Neuordnung der Kirche, das schon eingeleitet worden ist, ordnen wir an:

Am Sonntag, den 2. Juli 1933 sind sämtliche Kirchen, Pfarr- und Gemeindehäuser und die kirchlichen Verwaltungsgebäude im Bezirk der evangelischen Kirche und der Altpreussischen Union außer mit der Kirchenfahne mit der schwarz-weißen und der Pfaffenkreuzfahne zu beflaggen. Der Gottesdienst am diesem Tage ist in Dank und Ehrfurcht festlich auszugestalten.

Charlottenburg, den 27. Juni 1933.

Evangelischer Oberkirchenrat.

## Der Salzburger Landesführer aus dem Heimatort ausgetreten

Salzburg, 28. Juni. Der Landesführer des Salzburger Heimatbundes, der frühere Justizminister Dr. Hueber, erklärt an seine Heimatortskameraden einen Aufruf, in dem er seinen Austritt aus dem Verband des österreichischen Heimatbundes mitteilt. Er erklärt weiter u. a.: Ich gehörte der Heimatvereins seit ihrer Gründung als guter Deutscher und Österreicher an in der Ueberzeugung, daß durch diese Wehrbewegung unserem Vaterlande ein Instrument zur Bekämpfung des Marxismus und zur Erhaltung des Deutschtums, seiner Religion und Kultur geschaffen werden soll. Bis in die jüngste Zeit war eine selbstverständliche Grundlage unserer Bewegung, die enge Verbindung mit dem deutschen Gesamtvolk. Die von der Regierung Dollfuß und dem derzeitigen Heimatbundesführer unterlegte Politik muß aber nicht nur zu einer dauernden Entfremdung zwischen Deutschland und Österreich führen, sondern bedroht den deutschen Charakter (?) unseres Volkes. Eine solche Politik kann ich für meine Person nicht mitmachen, besonders dann nicht, wenn die Eignung und Finanzierung dieser Politik (Lautenbach-Anleihe) durch das nichtdeutsche Ausland erfolgt. Der bisherige Abwehrkampf der Regierung gegen gewiß zu verurteilende politische Delikte entwickelt sich immer mehr zu einem Vernichtungskampf der Christl.-Soz. Partei und volkstümlicher Elemente gegen den

völkischen Gedanken in Österreich. Dieser Kampf muß innerpolitisch Österreich dem Marxismus in die Arme treiben, außenpolitisch aber Kombinationen fördern, die jeder Österreicher nur ablehnen kann.

## Falsche Gerüchte um Minister Neurath

Berlin, 28. Juni (GMB). Aus London waren heute mittag Gerüchte gemeldet worden, Reichsaußenminister Freiherr von Neurath habe seinen Rücktritt erklärt. Diese Meldungen sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, frei erfunden. Wahrscheinlich sind sie darauf zurückzuführen, daß der Reichsaußenminister vorläufig nicht mehr zur Weltwirtschaftskonferenz nach London zurückkehrt. Minister von Neurath ist zwar noch Führer der deutschen Delegation für die Konferenz. Im Augenblick ist jedoch seine Anwesenheit in London nicht notwendig.

Neurath scheint Reichsbankpräsident Dr. Schacht seine Verhandlungen in London gleichfalls so weit abgeschlossen zu haben, daß er jetzt nach Berlin zurückkehren kann.

## Katholischer Geistlicher überfallen

Rheingönheim, 27. Juni. In Rheingönheim wurde in der Nacht zum 27. Juni der katholische Geistliche Caroli von drei verurteilten Personen überfallen und niedergeschlagen, so daß der Geistliche ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Da es sich bei den Tätern um gemeine Verbrecher handelt, wird, nach Mitteilung des Gau-Untersuchungsausschusses der NSDAP, für deren Namhaftmachung unter Ausschluß des Rechtsweges eine Belohnung von 500 RM ausgesetzt. Die Gangleitung nimmt an, daß es sich bei den Verbrechern um Provokateure gehandelt hat, die sich mit der Absicht trugen, die Partei zu belasten.

Zu einem weiteren bedauerlichen Zwischenfall kam es in derselben Nacht in Weiersweiler, wo unbekannte Täter in mehrere Häuser eindringen suchten, im katholischen Pfarrhaus Fenstersteinen zertrümmerten und den Geistlichen erheblich belästigten. Hier konnten bisher drei der Täterhaft verdächtige Personen festgenommen werden. Die auch hier mit Unterstützung der Gangleitung der NSDAP betriebenen Nachforschungen sind weiter im Gange.

## Der Kampf gegen die Bayerische Volkspartei

Unter den von der bayerischen politischen Polizei festgenommenen Landtags- und Reichstagsabgeordneten der Bayerischen Volkspartei befinden sich, wie jetzt bekannt wird, auch Reichsminister a. D. Emminger, Staatssekretär a. D. Vinus Junke, Ingenieur Heinrich Held, der Sohn des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Michael Horlacher und Domdekan Dr. Arthur Schragl.

## Ausschaltung nichtarischer Ärzte aus der sozialen Versicherung

Berlin, 28. Juni. Wie das VöZ-Büro meldet, hat der Reichsarbeitsminister eine zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über Ehrenämter in der sozialen Versicherung und in der Reichsversorgung erlassen. Darin wird angeordnet, daß die Sachverständigen bei den Oberversicherungsämtern und Versorgungsgerichten mit Wirkung vom 1. August 1933 neu auszuwählen sind. Die Grundzüge des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ sind dabei entsprechend anzuwenden. Wer hiernach nicht ausgewählt werden kann, kann auch nicht als Gutachter auf Grund der Reichsversicherungsordnung benannt werden. Als Vertrauens- und Durchgangsärzte und in gleichartiger Stellung dürfen auch solche Ärzte nicht-arischer Abstammung nicht berufen werden, für die das „Berufsbeamtengesetz“ wegen ihrer Kriegsteilnahme eine Ausnahme vorgesehen hat. Bestehende Dienstverhältnisse dieser Art sind zum 1. August d. J. zu lösen. Die Lösung des Anstellungsverhältnisses gilt gleichzeitig als wichtiger Grund für die Beendigung einer Anstellung auch als Arzt in einem Krankenhaus, Ambulatorium usw. wenn derartige Stellen eine enge Verbindung mit der Position von Vertrauens- oder Durchgangsärzten usw. ermöglichen. Bedenklich ist vor allem die Vorschrift, daß in der sozialen Versicherung und der Reichsversorgung von nun an jeder die Untersuchung durch einen nichtarischen Arzt vor Beginn der Untersuchung ablehnen kann. Entsprechendes gilt für Zahnärzte.

## Aufhebung und Verbot des „Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands e. V.“

Berlin, 28. Juni. Der Reichsminister des Innern hat die Auflösung und das Verbot des Arbeiter-Radiobundes Deutschlands e. V. und seiner Ortsgruppen im ganzen Reich angeordnet. Aus dem bei der Belegung der Geschäftsstellen des A. R. B. beschlagnahmten Material geht einwandfrei hervor, daß der Bund als Hilfsorganisation der SPD angestrebt ist und den weiteren organisatorischen Zusammenhalt der marxistischen Mitglieder ermöglichte.

## Der ständische Aufbau der deutschen Juristenkammer

München, 28. Juni. WZ. Der Reichsleiter der Rechtsabteilung der NSDAP, Dr. Frank, erläßt eine Bekanntmachung, in der darauf hingewiesen wird, daß die einzig zu ständige Stelle für die Gesamtfragen des Aufbaues der ständischen Organisation der deutschen Juristen, ohne Rücksicht auf die bisherige Partei- und Vereinigungszugehörigkeit, ausschließlich die Reichsleitung-Rechtsabteilung der NSDAP ist, welche die mit der ständischen Organisation zusammenhängenden Fragen und Dienstgeschäfte der Reichsführung des Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbundes übertragen hat. Alle parteianteiligen Anordnungen über den ständischen Aufbau für die Juristenkammer werden ausschließlich von dem Reichsleiter in seinem Einvernehmen mit dem Führer erlassen.

Nach Blättermeldungen hat die amerikanische Regierung ungeachtet der Aufwärtsbewegung der Getreidepreise die Erhebung der angelegten Weizenverbrauchssteuer in Höhe von 30 Cents je Bushel beschlossen. Diese Weizenverbrauchssteuer wird am 8. Juli in Kraft treten. Gleichzeitig wird eine Ausgleichsabgabe von ebenfalls 30 Cents je Bushel auf die Einfuhr von Weizen eingeführt, die neben dem bisherigen Einfuhrzoll von 42 Cents je Bushel hinzutritt.

## 91 Kommunisten verhaftet

Reddinghausen, 28. Juni. (WZ.) In Mhlen bei Reddinghausen wurden 91 Kommunisten festgenommen, die bis in die letzte Zeit hinein Unterricht in der Handhabung von Schießwaffen erteilt und an militärischen Geländebildungen teilgenommen hatten. Von den 91 festgenommenen Kommunisten sind 50 des verurteilten Hochverrats überführt. Außerdem wurden zahlreiche Waffen und Munition beschlagnahmt.

Weiterhin wurden fünf Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen sowie eine große Menge hochverräterischer Schriftenmaterials beschlagnahmt.



# Pilger aus dem Fernen Osten

Dort an dem Bronzetor des Vatikans, wo die Schweizergarde Wache hält, ist der Platz für den, der Eindrücke sammeln will. Dort kann er die Sprachen der ganzen Welt hören, das Auge an in- und ausländischen Kostümen erfreuen, die wenigstens nicht immer alltäglich sind. Und erst die Träger: Vertreter aus aller Herren Ländern und doch eine feilsche Gemeinschaft, die das eine Ziel hat: Rom, den Mittelpunkt der kirchlichen Einheit.

Am Abend des 10. Juni zog ein seltsamer Pilgerzug über den Petersplatz. Gelbe fleischlose Gesichter mit stark hervorstechenden Backenknochen, kleine Schlägen sahen man da, die nach zweitägigem römischen Aufenthalt mit der dem Chinesen eigenen Anpassungsfähigkeit schon die Umgebung meisterten. So machte der chinesische Pilgerzug doch einiges Aufsehen vor dem Vatikan, obwohl in den letzten Monaten so viele fremde Rassen und Sprachen hier auftraten. Man sah buntfarbige Seidenkleider, darunter das tabelloso dunkelblaue, das der Sohn Lopa-hongs, des bekannten katholischen Industriellen von Schanghai trug, zart mit Blumen und Arabesken geschmückt. In der Schar der Pilger trug das bischöfliche Violett — bekanntlich sind eine Reihe von Bischöfen bei dem chinesischen Pilgerzug — zu der Farbensymphonie bei und gab dem Pilgerzug aus dem Fernen Osten die hierarchische Weihe.

In nur 22 Tagen hat der Ozeanreise seine fremdländischen Gäste nach Italien geführt. An Zeitvertrieb fehlte es an Bord nicht. Da sitzt einer der neuernannten Bischöfe des Fernen Ostens auf dem Verdeck und raucht in aller Gemütsruhe seine Pfeife. Der Apost. Vikar von Schening, Mgr. Wang-Len-Schen, erzählt die Abenteuer seiner 20tägigen Landreise aus dem Innern zum Hafen von Schanghai. Räuber haben ihn fast vollständig ausgeraubt, sogar um Bischofsring und Uhr haben sie ihn erleichtert und nur — das Kreuz gekostet. Im Hafen von Brindisi wartete eine Abordnung der Propaganda auf die chinesischen Gäste. Die Zollbeamten zeigten sich äußerst zuvorkommend. Alles Gendarm genoss Rollfreiheit. Der Präfect von Brindisi stellte den Pilgern Automobile zur Verfügung, die den Pilgerzug nach Seece brachten, wo Bischof, Klerus und Seminaristen zum feierlichen Empfang bereitstanden. Die Ankunft der Fremden und ihre Rundfahrt in der Hafenstadt weckten großes Interesse. Die Pilger selbst meinten, der Unterschied zwischen Orient und Occident sei durchaus nicht so weltbewegend. Die Kirche St. Lucia war gefüllt voll; eine chinesische Rosenkranzandacht, von einem einheimischen Bischof abgehalten, ist auch in Brindisi eine Seltenheit.

Weiter geht es der Ewigkeit Stadt zu. Die Eisenbahnverwaltung hat Extrawagen zur Verfügung gestellt, für die Bischöfe einen solchen erster Klasse. Den Kirchenfürsten hatte man auch Freifahrt gegeben. In Rom begrüßten der Kardinalpräfect der Propaganda, der Apost. Delegat von Peking und der chinesische Geschäftsträger die Chinesen. „Welchen Eindruck macht Rom auf Sie?“ So fragten wir den Sohn Lopa-hongs, der korrekt Französisch und Englisch spricht und dabei einen ungewöhnlich intelligenten Eindruck macht. „Unausgesprochen, bezaubernd! Einer unserer Priester wollte überhaupt nicht mehr aus St. Peter hinausgehen.“ „Merkwürdige Stadt, dieses Rom!“, meinte ein anderer. „Alle Gesichter der Welt sind hier zu treffen.“ Seine Gefährten finden das wieder ganz natürlich, da doch Rom die Hauptstadt einer Weltreligion sei. Unter den vier Frauen, die am Pilgerzug teilnehmen, ist eine Taufbewerberin, die in Rom die Taufgabe empfangen soll.

In der nahezu eine Stunde dauernden Audienz spricht der Hl. Vater von „ienem China, dem er mit Vorliebe zugetan ist.“ Mit Wohlgefallen betrachtet er die vielen reichen Geschenke, die man ihm von China mitbrachte. Da bleibt sein Auge plötzlich auf einer roten Fahne mit Schmel, Hammer und fünfzigem Stern haften. Eine bolschewistische Rundgebung?

Rein, eine sinnige Huldigung der Christen. Die Fahne stammt von einer kleinen kommunistischen Gruppe, die den spanischen Jesuitenmissionar Vater Voito gefangen hielt. Sie wurde konfisziert und man kam auf den Gedanken, sie dem Hl. Vater zu bringen. — Der Papst verstand schließlich den Sinn dieses Angebindes, schaute aber betrübt auf das blutrote Banner, an das sich soviel Trauer, Verbrechen und Verfolgung der Kirche in China heftete. Daneben aber leuchteten die weißen Fahnen der katholischen Mission Chinas auf, hoffnungserweckend und glaubensstark. Der Papst lächelte und schaute auf die Vertreter eines großen Volkes, das durch Sturm und Not den Weg zum Hafen der Wahrheit finden wird.

Der chinesische Bischof Tioei, einer der Neugeordneten, erzählte in Rom von der Begeisterung der Katholiken seiner Heimatdiözese, die sich bei der Nachricht von seiner bevorstehenden Bischofsnennung kund-

## Ein neuer Rembrandt — zwei neue Leonardos

Unverhoffter Zuwachs im Reich der Kunst.

Bei der Reinigung des Gemäldes „Die Austreibung aus dem Tempel“, das auch bisher schon immer Rembrandt zugeschrieben wurde, ohne daß man freilich dies mit letzter Bestimmtheit hätte sagen können, ist jetzt im Haag das Cignum des Meisters an einer ungewöhnlichen Stelle des Gemäldes entdeckt worden. Damit ist die Reihe der Rembrandtschen Werke um ein neues verlängert. Wie nun gleichzeitig bekannt wird, vermehrt sich der Schatz der Meisterwerke aber auch noch um zwei Schöpfungen. Wie schon kurz gemeldet, befinden sich zurzeit in Italien zwei bisher unbekannt gebliebene Originalwerke Leonardos, die von einem in Amerika lebenden Armenier erworben worden waren und augenblicklich in Erwartung einer endgültigen Entscheidung über ihre Schicksal, in Mailand aufbewahrt werden. Auf die Nachricht, daß sich der Neffe jenes Armeniers, der die beiden Werke entdeckt hatte, gegenwärtig in Venedig aufhalte, begab sich der Berichterstatter eines italienischen Blattes zu dem jungen Armenier, um sich über die aufsehenerregende Angelegenheit eingehender zu unterrichten.

Der junge Mann, ein Herr Haig Haronian, erklärte dem italienischen Besucher ohne Umschweife, daß der Besitzer der beiden Leonardos sein Onkel Gregor sei, der als Reicher der Graubühne und der Liebe für Italien die beiden Meisterwerke nach Italien gebracht habe, um dort ein endgültiges Urteil über Wert und Ursprung der beiden Werke zu erlangen. „Mein Onkel Gregor“, fuhr Haig Haronian fort, „lebt seit langen Jahren in Amerika. Gegenwärtig wohnt er in New York. Er fand — und zwar nicht etwa zufällig, denn er ist ein wirklich Sachkennner und ein leidenschaftlicher Kunstsammler — in einem Laden in Boston unter allerlei wertlosen Gegenständen ein marmornes Basrelief und eine Vortragsbüste aus Terrakotta. Mein Onkel war sich sofort darüber klar, daß er zwei Arbeiten von unschätzbarem Wert gegenüberstand, ja, es bestand für ihn auch nicht der geringste Zweifel, daß es sich hier um zwei Leonardos handelte. Natürlich ließ er seinen Schatz durch Sachverständige in Boston, New York und anderen Städten Amerikas besichtigen, in dem Wunsch, ihr maßgebendes Urteil zu erfahren. Aber seine Erwartungen wurden enttäuscht, da sich keiner entscheidend auszusprechen mochte. Dagegen erschien bald darauf in einer Londoner illustrierten Zeitung eine Reproduktion der beiden

Stat. Sogar fünf- bis sechsjährige Kinder steuerten zu den Gefährten bei. Trotz der bestehenden Armut brachte man in kurzer Zeit eine Summe von 30 000 französischen Franken zustande. Damit sollten die Auslagen der Romreise gedeckt werden. Ferner machte man dem Bischof folgende acht chinesische Angebinde: Inschriften auf Seide gestickt, die von einem berühmten chinesischen Gelehrten, dem bekannten Geschichtsschreiber der Song-Dynastie (Su Tong-po) stammen; einen goldenen in Peking verfertigten Kelch; eine Anzahl Gemälde, die der Kunst eines Jesuitenbrüders (Lang-Scho-Ming) zu danken sind; u. a. schenkte man dem Bischof ein Schlachtengemälde, das den Kaiser Kien-long in Turkestan darstellt. Andere Bilder sind als Symbole langen Lebens nach chinesischer Sitte gedacht. 33 gestickte Blumen stellen die 33 Lebensjahre des Heilandes dar.

So kommt mit den chinesischen Gästen eine ganz fremde Welt nach Rom, aber nur äußerlich fremd, denn hinter dem andersartigen Kulturausdruck wird katholisches Christentum sichtbar, daselbst Christentum, das die ganze katholische Welt zu einer Gemeinschaft von Brüdern macht. (Fides.)

male und Charakterzüge seiner Schule zeige. Mein Onkel brachte dann beide Werke nach Florenz, wo sie aber aus verschiedenen Gründen nicht ausgestellt wurden.

In Rom hatte er eine Unterredung mit dem Direktor der Schönen Künste, die aber ohne Ergebnis blieb. Dagegen erklärte sich der Direktor des Vatikanischen Museums, nachdem er die Arbeiten gesehen hatte, bereit, dahin zu wirken, daß mein Onkel vom Papst in Privataudienz empfangen würde. Die Audienz wurde meinem Onkel auch bewilligt, und der Papst sprach seine Bewunderung für die beiden Werke aus, hielt es aber aus begreiflichen Gründen nicht für angezeigt, in die strittige Frage einzugreifen. Von Rom aus beabsichtigte mein Onkel nach Mailand, wo er die Geschehnisse vom Tage der Entdeckung an und seine Bemühungen, ein unzweideutiges Urteil zu erlangen, dem Professor Giorio Niccobi vom Museum Sforza auseinandersetzte. Später bestätigte auch Adolfo Wildt nach Prüfung der Arbeiten vollinhaltlich das Urteil des Poggi.

Auf die Frage des Besuchers, ob nach Meinung des Onkels die beiden Werke, bevor sie in Amerika gefunden wurden, bereits in Mailand gewesen seien, und ob sein Onkel hierüber Auskunft geben könnte, wußte Haig Haronian keine zuverlässige Antwort zu geben. Er glaube aber, daß der Marmor und zu mindestens dieser, sich eine Zeitlang in der Kirche der Madonna delle Grazie befunden habe. Wahrscheinlich wurde er von Napoleon weggebracht und später nach Amerika verkauft. Sonderbar bleibt nur, daß die beiden kostbaren Jahre und Jahre verborgen blieben, ohne daß sie an den Kunstmarkt gelangten.

## Warum Zamora unterzeichnet hat

Madrid, im Juni. Zamora, der Präsident Spaniens, hatte mit einigen Jägern das neue Gesetz betr. die Konfessionen und religiösen Kongregationen am 2. Juni trotz aller Proteste, die ihm katholischerseits zugegangen waren, doch unterzeichnet. Nimmere verläutet, Zamora habe nicht bloß viele Drohbriefe erhalten, sondern es sei ihm auch direkt bedeutet worden, daß ein Nichtunterzeichnen gleichbedeutend wäre mit der Entseelung eines neuen Kloster- und Kirchensturmes. Offenbar hatten einzelne neue Anschläge auf Kirchen und Klöster in den betreffenden Tagen die Aufgabe, dem Präsidenten der Republik zu bedeuten, daß von der Drohung zur Ausführung kein weiter Schritt sei. So habe dann Zamora schließlich diesen Akt schärfster Kirchenverfolgung unterschrieben.

## Die Bonifatiusarbeit im Jahre 1932

Der Rechenschaftsbericht, den der Generalvorstand des Bonifatiusvereins zu Baderborn für 1932 vorlegt, spiegelt deutlich die Not des deutschen Volkes. Die Einnahmen gingen um eine halbe Million Reichsmark zurück: von 3 544 644,96 auf 3 006 167,98 Mk. Die Rückstellungen nahmen seit dem Jahre 1928 stetig ab. 1928 brachte die obersteitlich verordnete Bonifatiuskollekte fast den doppelten Ertrag wie 1932. Auch an den Mitgliedsbeiträgen (1,20 Mk. im Jahr, dafür 6 Sefte Bonifatiusblatt) wirkte sich letztes Jahr die Krise stärker aus. Der Verein suchte den unauffälligen Rückgang der Kollekten und Beiträge wettzumachen durch außerordentliche Sammlungen, durch sogenannte Bonifatiusstage. Es wurden 1321 solcher Opfertage mit einem Kollektenergebnis von 226 675,06 Mark gehalten. Ein großer Rednerstab arbeitete wieder mit nach dem ebenso preussischen wie gut katholischen Grundsatz „einer für alle und alle für einen“. So wurden die Erträge vor Zerspaltung bewahrt und meist in größeren Summen für besonders vorbildliche Diasporazwecke verwendet. Durch das lebendige Wort der Diasporaprediger wurden auch die wartenden Pfarrgruppen wieder aufgerichtet und aufgefüllt. Die sogenannten wilden Diasporafesttage sind fast ganz durch die Bonifatiusstage abgelöst.

Bezeichnend für die Unterstellungen des Hauptvereins ist, daß für Neugründungen nur 32,66 Prozent der verfügbaren Mittel verwandt wurden — darunter für die katholischen Siedlerdörfer 73 742 Mk. —, alles andere dagegen für Schulbildung und Unterhaltung des Bestehenden.

Der Rückgang des Bonifatiusvereins für höhere Schulen hängt mit der Mai v. J. vollzogenen Arbeitsgemeinschaft mit dem Missionskreuzweg der studierenden Jugend und dem Reichsverband für die katholischen

Auslandsdeutschen (R.A.L.) zusammen. Diese Zusammenlegung „Einigung Christi Reich“ wurde von weiten Kreisen der Religionslehre gewünscht. Erst im laufenden Jahre kann man übersehen, ob das gemeinsame Vorgehen die erhofften Früchte bringt.

Als neuer Bruderverein hat sich das Bonifatiuswerk für die katholischen Auslandsdeutschen e. V. dem Bonifatiusverein mit Genehmigung der bischöflichen Behörden angeschlossen. Das Bonifatiuswerk sammelt seine Mittel in erster Linie bei den auslandsdeutschen Katholiken selber. Deshalb wurden die außerhalb des Deutschen Reiches noch bestehenden Bonifatiusvereine, neben Danzig, Kopenhagen, Luxemburg, Copen-Malmby vor allem die österreichischen Vereine, an das Bonifatiuswerk abgewandt.

Das persönliche Liebeswerk des Klerus, die Diasporapredigerhilfe, erlitt infolge der Gehaltskürzungen zwar auch Einbußen, brachte aber immerhin noch 670 350,32 Mk., womit der größere Teil des Gehaltes für 469 Priester gerade auf den äußersten Vorposten der Diaspora gedeckt wurde.

Der Bonifatiusverein ist nach einem Worte von Kardinal Vertram ein Werk der ehesten Vaterlandsliebe und Bruderkiebe. Was die deutschen Katholiken im letzten Notjahr wieder für ihre Glaubens- und Stammesbrüder in der reichsdeutschen und auslandsdeutschen Diaspora geopfert haben, ist eine vaterländische Tat ersten Ranges. Und bedenkt man, daß die gewaltigen Summen zum allergrößten Teil zusammengekommen sind aus dem Scherflein der Witwe, aus den Groschen der Arbeiter und den Sparpfennigen der Kinder, so bekommt man einen Begriff von den unschätzbaren Kräften des katholischen Volkstums, seinem unerlöschlichen Liebeskapital und seinem unerlöschlichen Volkstumswert.

## Wer war der erste Photograph?

Streit um die Priorität der Erfindung — Der Schöpfer des allerersten Lichtbildes  
Ein unbekanntes Denkmal Daguerres in Berlin.

Am das Erstrecht an der Erfindung der Photographie streiten sich Deutsche und Franzosen. Die Deutschen nehmen die Erfindung für den Physikochemiker J. H. Schulze in Anspruch, der schon im Jahre 1727 die Lichtempfindlichkeit von Silberfäden entdeckte und untersuchte; die Franzosen halten den Mitarbeiter Daguerres, J. Nicéphore Niépce, dem es 1822 gelang, durch Belichtung von asphaltierten Glasplatten ein Bild zu erhalten, für den Erfinder des Lichtbildes. Wie bei allen derartigen Streitigkeiten rauf man sich hier eigentlich nur um des Kaisers Bart. Wohl gebührt Schulze das Verdienst, die Lichtempfindlichkeit der Silberfäden entdeckt zu haben, aber er hatte damit noch lange nicht die Photographie erfunden; sonst hätte man nicht mehrere Menschengenerationen später wieder von vorn anfangen müssen. Genowenig Niépce, der nur die ersten Versuche auf einem Nebengebiet der Photographie, nämlich der Photogravüre und Photochemie, unternommen hatte. Immerhin arbeitete Niépce nicht umsonst hundert Jahre später als Schulze, und sein Beitrag zur Geschichte der Photographie zeigt deshalb auch mehr Methode. Freilich stellt ihn das auch wieder nicht höher als Schulze, der keinesfalls etwas dafür konnte, daß er zu einer Zeit lebte, in der man seine Entdeckung noch nicht richtig auszuwerten vermochte. Wäre es also nicht recht und billig, wenn wir uns unseres Schulze freuen und die Franzosen sich ihres Niépce — und umgekehrt? Denn schließlich läßt sich doch nicht gut behaupten, die Photographie sei das besondere Verdienst eines Mannes, da man doch, rechnet man von 1727 ab, nach 200 Jahre brauchte, um sie bis zur heutigen Vollendung zu bringen.

Mit der Frage, wer das erste Porträt aufgenommen hat, steht es anders. Da kann man wirklich sagen, der und der ist es gewesen; natürlich nur, wenn man es genau weiß, und so lange man es nicht besser weiß. Früher erhoben die Amerikaner den Anspruch auf dieses Erstlingsrecht. Auf der Weltausstellung von Chicago im Jahre 1894 war ein aus dem Jahre 1840 datiertes Daguerrotyp-Porträt der Schwester John Perichs von einem der ersten amerikanischen Photographen, John William Draper, ausgefist. Darunter standen die bedeutungsvollen Worte: „Dieses ist das erste Sonnenbild von einem menschlichen Antlitz, welches man je bekommen hat.“

Leider — für die Amerikaner — konnte diese kühne Behauptung der Kritik einer Autorität wie A. M. Eder nicht standhalten, der nachwies, daß das Porträt nicht einmal das erste von Draper gemachte sein konnte. Wie ein englischer Forscher später feststellte, stammte es vom 31. März 1840. Aber um diese Zeit war die Daguerrotypie schon eine europäische Angelegenheit; denn verschiedene, besonders französische und österreichische Maler und Chemiker hatten die Erfindung Daguerres sofort aufgegriffen und reisten damit in allen europäischen Hauptstädten umher. Aus dem Jahre 1840 ist denn auch eine ganze Anzahl von Porträtaufnahmen überliefert. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß das wirklich erste Photoporträt von Daguerre selbst stammt, zu welchem Ergebnis der Photographische W. D. D. gekommen ist. Daguerre hatte ja auch seine Erfindung schon vor dem Sommer 1839 fertig, wie aus dem berühmten Bericht des Physikers Arago in der Sitzung der französischen Akademie der Wissenschaften vom 19. August 1839 hervorgeht.

Der erste, der zu dem denkwürdigen Unterfangen seine Version hergab — man mußte damals immerhin im vollsten Sonnenlicht eine halbe Stunde stillstehen können — war ein französischer Offizier polnischer Abstammung namens Warabowski, der mit Daguerre Bekanntschaft geschlossen hatte. Warabowski war noch in seinen alten Jahren sehr stolz darauf, daß ihn sein ehemaliger Freund Daguerre zum Modell für das erste photographische Porträt der Welt erkoren hatte.

Wenige dürften übrigens wissen, daß Daguerre in Berlin ein Denkmal hat. Es steht auf dem Schinkelplatz vor der ehemaligen Bau-Akademie, dem heutigen Meteorologischen Institut, und wurde 1861 zu Ehren von P. Christoph Wilhelm Beuth errichtet, den Werner Siemens den „Gründer der norddeutschen Technik“ zu nennen pflegte. Am Sockel des Denkmals ist eine Anzahl bedeutender Persönlichkeiten aus dem damaligen Gewerbelebens Preußens dargestellt, darunter als einziger Ausländer Daguerre, vor seinem Apparat stehend. Die Photographie muß wohl auf die Menschen der Zeit vor hundert Jahren einen gewaltigen Eindruck gemacht haben.



Unter diesem Leitwort fanden gestern im Berliner Lustgarden (dies Bild) und im Reich am Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Vertrags die deutschen so verhängnisvollen Folgen protestiert wurde.



# Die Errichtung der Staatsbank der Freien Stadt Danzig

Wie amtlich mitgeteilt wird, wird in den nächsten Tagen auf Grund einer im Gefäßblatt erscheinenden Rechtsverordnung eine Staatsbank errichtet, deren Gründung eine dringende wirtschaftliche und staatspolitische Notwendigkeit darstellt. Durch diese Staatsbank, die, soweit es die besonderen Verhältnisse Danzigs gestatten, die Organisation und den Aufgabenkreis einer Reihe von in Deutschland bestehenden Staatsbanken (Preußen, Bayern, Braunschweig, Sachsen, Thüringen, Hessen, Oldenburg, Lippe und Lüneburg) und sonstigen Finanzinstituten, wie Golddiskontbank, Akzeptbank, zum Vorbild hat,

wird die Möglichkeit geschaffen, die von der neuen Regierung geplanten Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft mit beschleunigter Wirkung zur Durchführung zu bringen.

Die Staatsbank ist eine öffentliche Anstalt mit selbständiger Rechtsfähigkeit und eigenem Vermögen; für die Verbindlichkeiten der Staatsbank haften neben ihrem eigenen Vermögen die Freie Stadt Danzig unbeschränkt. Die Bank steht unter Aufsicht des Senats, der zu diesem Zweck einen Staatskommissar bestellt.

Das von der Freien Stadt Danzig aufzubringende Grundkapital der Bank beträgt 2 Millionen Gulden, wovon zunächst 500 000 Gulden bar eingezahlt werden. Die Organe der Bank sind der Vorstand und der Verwaltungsrat, über deren Rechte und Pflichten die Verordnung die näheren Bestimmungen enthält.

Der Geschäftskreis der Bank ist in den §§ 4-8 der Verordnung näher umrissen. Hiernach hat die Bank insbesondere die Aufgabe, die im staatlichen Interesse liegenden Geld- und Kreditgeschäfte auszuführen, wobei die Berücksichtigung des Staatswohls und der Gemeinwirtschaft in vorberster Linie stehen. Daher ist die Erzielung von Gewinn nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes der Bank.

Ein besonderes Kennzeichen der Struktur der Danziger Staatsbank als einer Hilfsbank liegt darin, daß sie grundsätzlich sich auf den Verkehr mit Banken, Sparkassen und öffentlichen Körperschaften zu beschränken hat.

Sie hat also keinen Kundenverkehr im üblichen Sinne und ist nicht befugt, Depositen von privaten Personen und Geschäftsfirmen anzunehmen. Soweit die Bank Kredite für wirtschaftliche

Zwecke gewährt, wobei in erster Linie landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe kleinen und mittleren Umfangs in Frage kommen, bedient sie sich in der Regel der Vermittelung der Danziger Kreditinstitute. Dadurch wird erreicht, daß der Verwaltungsapparat und die Verwaltungskosten der Bank möglichst klein gehalten werden. Die für den Betrieb der Staatsbank erforderlichen wenigen Kräfte werden durch bereits vorhandene Bankbeamte gestellt. Die Neueinstellung von Bankbeamten kommt daher nicht in Frage.

Zur Pflege des Hypothekengeschäftes sowie zur Lombardierung von Waren ist die Staatsbank nicht berufen.

Bei der Durchführung ihrer Aufgaben wird die Staatsbank insbesondere mit der Bank von Danzig in enger geschäftlicher Verbindung stehen und hat, soweit ihre Geschäfte geeignet sind, einen Einfluß auf den Geld- und Kapitalmarkt auszuüben, sich in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Bank von Danzig, namentlich hinsichtlich der Zinspolitik, zu halten.

Wie verschiedene andere Staatsbanken in Deutschland, so ist auch

die Staatsbank der Freien Stadt Danzig berechtigt, auf ihren eigenen Kredit Schatzwechsel und Schatzanweisungen auszugeben.

Außerdem kann sie gegebenenfalls auch Danziger Staatsbankobligationen emittieren. Die Ausgabe solcher Schatzwechsel und Obligationen darf insgesamt den siebenfachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals zuzüglich ihrer Reserven nicht überschreiten. Durch die Emission von Schatzwechseln soll die Möglichkeit gegeben werden, die starke Liquidität des Danziger Geldmarktes für wirtschaftlich produktive Zwecke auszunutzen und dadurch den Banken und Sparkassen eine verzinsliche Anlage für ihre brachliegenden Gelder zu schaffen. Dieses Spiel der Ausbringung der Staatsbankgelder im Wege der Refinanzierung findet seine zutreffende Stütze in der fast völlig unausgenutzten Diskontkraft der Bank von Danzig, die die von den Banken und Sparkassen herinnommenen Schatzwechsel der Staatsbank, soweit erforderlich, rediskontieren wird.

Die Gründung der Staatsbank erfolgt zu einer Zeit, in der im Gegensatz zu vielen anderen Staaten die Danziger Währung und das Danziger Bank- und Sparkassensystem völlig intakt bestehen. Um so mehr kann daher die Danziger Wirtschaft mit Vertrauen auf dieses neue Instrument der staatlichen Wirtschaftspolitik blicken, das berufen ist, auf fester Grundlage dem Danziger Wirtschaftsleben einen neuen Impuls zu geben.

Oberstadtssekretär; Karl Töpfer, Angestellter; Hellmuth Böhner, Dreher; Maria Falk, Ehefrau; Otto Wapfelat, Majchinist.

Kommunisten:

Erich Bartisch, Bauarbeiter; Erich Brehling, Maler; Marg. Banfemer, Hausfrau.

Polen:

Bronislaw Komorowski, Pfarrer.

## Beleidigungsprozeß eines Zahnarztes.

Wegen Beleidigung des Zahnarztes Dr. Frid hatte sich der Zahnarzt Dr. Se. vor dem Einzelrichter für Strafsachen zu verantworten. Die Anklage hatte folgende Vorgeschichte:

Ein Zeuge A., der bei dem Zahnarzt Dr. Frid in Behandlung war, teilte diesem eines Tages in der Sprechstunde mit, daß er früher von dem Angestellten behandelt worden sei. Er, der Zeuge, habe sich jedoch später veranlaßt gesehen, von einer weiteren Behandlung seiner Zähne durch Dr. Se. Abstand zu nehmen. Der Grund hierfür ist nach der Darstellung des A. darin zu erblicken gewesen, daß Dr. Se. ihm eine Rechnung über Arbeiten ausgestellt habe, die in der Tat gar nicht ausgeführt worden seien. Dr. Frid eröffnete darauf seinem Patienten, daß er für diese Behauptung, die ja den Vorwurf des Betruges enthielte, geratefehlen müsse. Daraufhin gab A. eine eidesstattliche Versicherung über das Vorhandensein der Tatsachen ab.

Der Vorfall wurde von Dr. Frid der Disziplinarkammer mitgeteilt, die diese Beschwerde an den Disziplinarkhof weiterleitete. In seiner Entscheidung wurde zum Ausdruck gebracht, daß gegen das Verhalten Dr. Frids keine Einwendungen erhoben werden können. Dr. Se. hatte seinerseits in einem Schreiben an Dr. Frid vom 31. Dezember vorigen Jahres gegen seinen Kollegen den Vorwurf erhoben, Frid habe die Sache gedreht und gelogen, er habe damit die Standeschre verlegt und unethisch gehandelt. Dieser Brief gab nun Dr. Frid die Veranlassung, gegen Dr. Se. ein Beleidigungsverfahren anzustrengen, das jetzt zum Austrag kam.

Dr. Se. erhob Widerlage, da er der Ansicht war, daß er aus der Form der Anklage Dr. Frids eine Beleidigung erkennen könne. Das Gericht wies Dr. Se. wegen Beleidigung zu 100 Gulden Geldstrafe, im Nichterleidungsfall zu zehn Tagen Gefängnis wegen Beleidigung. Der Gegenlage des Angeklagten Dr. Se. wurde vom Gericht nicht stattgegeben.

## Vereine und Veranstaltungen.

**Verein kath. Lehrer Danzigs und Umgegend.** Der Verein hielt am 24. Juni seine Monatsversammlung bei Koniekt ab. Der Vorsitzende widmete dem verstorbenen Mitglied, Silfischuloberlehrer i. R. Bache, einen warmen Nachruf. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles und Bekanntgabe einiger Einladungen wurde über die Tagung des kath. Lehrerverbandes des Deutschen Reiches und die Gründungsverammlung der Gemeinschaft katholischer deutscher Erzieher am Pfingstdienstag in Berlin, sowie über die Gründung der „Deutschen Erziehergemeinschaft“ am 8. Juni in Magdeburg berichtet. Berührend lauteten die Mitteilungen über den Stand der Gleichschaltungsverhandlungen. Die Mitglieder wurden gebeten, sich nicht durch Zuschriften und Vordrucke zum Eintritt in andere Lehrer-

## Die Amazonen sind Männer.

Neue Forschungen in Südamerika.

Der Stamm der Amazonen, kämpfende Frauen in Südamerika, dürfte nach den jüngsten Forschungen der Gelehrten des Smithsonian-Instituts in Wirklichkeit aus Männern bestehen. Die portugiesischen und spanischen Reisenden der Entdeckungzeit brachten nach Europa die Kunde von Männern und Frauen, die Schulter an Schulter an den Ufern eines großen Stromes kämpften. Deshalb nannte man auch diesen Strom Amazonenstrom, in Erinnerung an die legendäre Rasse von Kriegerinnen, von denen die Sage der alten Griechen berichtet. In einem Bericht an die amerikanische Psychopathologische Gesellschaft über seine jüngste Reise zu den Köpfigern der Ibarro-Indianer am Amazonas widmet der englische Reisende Sir J. G. Burdett-Coutts dieses wilde Stammes eine eingehende Beschreibung. Sie geben sich, wie er ausführt, im Sprechen und Benehmen so „lady-like“, daß es schwer hält, sie von ihren Frauen und Schwestern zu unterscheiden. Die überwiegende Mehrzahl dieser Indianer hat wohl allgemein eine zarte Muskulatur und einen fast haarlosen Körper, aber bei den Ibarro-Indianern sind diese Merkmale weiblicher Art besonders stark ausgeprägt. Ueberdies tragen die Männer die gleichen Röcke wie die Frauen; nur sind diese Männer Röcke bunter gemustert. Beide Geschlechter tragen ferner das Haar lang und außerdem bemalen die Männer ihr Gesicht nach Frauenart. Ihr Sprachorgan liegt außerordentlich hoch und weich, besonders bei den jungen Männern, aus denen sich die Kriegertruppe zusammensetzt. Kurz, es ist ein ausgesprochenes weibliches Wesen, und man hat das Gefühl, in einem Weiberrast zu leben. Sir J. G. Burdett-Coutts, daß bei den Stämmen am Amazonasstrom dieser feminine Zug mehr oder weniger deutlich in der Erscheinung tritt. Deshalb rechtfertigte sich auch die Annahme, daß es in Wirklichkeit die Männer dieser Stämme waren, mit denen die Reisenden und Forscher früherer Zeit zusammentrafen.

## Wie der Honig entsteht.

Der Nektar, den die frischen Blüten den sie besuchenden Bienen spenden, ist noch lange kein Honig. Er besteht der Hauptsache nach nur aus Wasser, dem etwa zu einem Viertel Trauben- und Fruchtzucker wie auch einige der sogenannten „Speiseelemente“ der Sammlerin beigeigelt sind. Im warmen Bienenstock, wo die Bienen selbst durch brauendes Fliegen den größten Teil des Wassers zum Verdunsten bringen, geht dann allmählich die Umwandlung des Nektars zum Honig vor sich, worauf die Zelle, in die er eingefüllt wurde, mit einem Wachseidel fest verschlossen wird, damit er nicht etwa wieder

## An unsere Leser!

Vom 1. Juli ab wollen wir für unsere Leser eine weitere Bereicherung am Inhalt unserer „Landes-Zeitung“ eintreten lassen durch Aufnahme der sogenannten

Briefkasten-Auskünfte

über juristische Fragen des täglichen Lebens. Jeder Bezieher unseres Blattes kann auf schriftliche Anfrage, der nur das Adressporto beigefügt zu werden braucht, kostenlos Auskunft und Rat in Rechtsangelegenheiten erhalten. Bedingung ist, daß die Anfrage mit voller Namens- und Adressangabe des Einsenders erfolgt und die Bezugsquittung des laufenden Monats beigefügt ist. Die Antwort wird nach bestem Wissen und fachmännischer Beurteilung unseres Rechtsrates, jedoch ohne Verbindlichkeit, in der nächstfolgenden Sonnabendausgabe unter dem vom Einsender genannten Stichwort (Chiffre) ohne Namensnennung veröffentlicht. Wir glauben, damit manchem Leser einen Dienst erweisen zu können und hoffen auf rege Verleihung dieser Einrichtung.

Redaktion und Verlag

der „Danziger Landes-Zeitung“.

organisationen beeinflussen zu lassen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Den Mitgliedern werden weitere Mitteilungen gehen. Mit einer Vertrauensundgebung an die neue Regierung wurde die Sitzung geschlossen.

Reichthum anzieht. Die Gärung des Honigs wird auf die zweckmäßigste Weise verhindert, indem die Biene schon beim Abfliegen des Nektars in die Zelle der Wabe ein Tröpfchen Ameisensäure aus ihrem Stachel aufsticht. So hält sich der Honig lange, bis eines Tages der Mensch kommt, um dem fleißigen Bienenstock einen Teil seines Honigüberflusses abzunehmen.

## „Seepost“ wird in schwimmenden Fächchen bestellt.

Die transatlantischen Dampfer, die die Azoren passieren, benützen die Gelegenheit, um ihre Passagiere auf eine ebenso einfache wie primitive Art zu bedienen. Man fordert die Passagiere auf, ihre für Freunde und Bekannte bestimmten Postfächer abzugeben. Diese Sendungen werden zusammen mit einem kleinen Geldbetrag in ein Fächchen gepackt, das durch in zwei kleine Fächer auslaufende Schwimmbojen flankiert ist. Dann wirft man das ganze über Bord. Die Fächer der Azoren bemühen sich eifrig darum, diese seltsamen Briefkästen zu entleeren, wobei ihnen die Fächchen anzeigen, wo ein Fächchen schwimmt. Sie wissen, daß über den für die Freimachung der Postsendungen bestimmten Betrag hinaus eine mehr oder weniger ansehnliche Summe für sie als Trinkgeld übrig bleibt. Die Aussicht auf dieses Postgeld läßt sie förmliche Wettjagden veranstalten, deren lohnendes Ziel eins dieser vielbegehrten Fächchen ist.

## Gefangener Bandit schädigt den korrischen Fremdenverkehr.

Während die Franzosen dankbar sind, daß der berüchtigte korrische Räuber André Spada nach einer elf Jahre währenden Jagd festgenommen werden konnte, sind die Korrisaner durchaus nicht geneigt, diese Anerkennung zu teilen. Am allerwenigsten die Hoteliers und Restaurateurs der Insel, die sich darüber beklagen, daß der Fremdenverkehr durch die Festnahme der kleineren Banditen und durch die Wirtschaftskrise bereits genug gelitten hat. Sie behaupten, daß der Fremdenverkehr durch das Verschwinden der stärksten Zugkraft vollens den Todesstoß erhalten hat. Tatsächlich scheuten viele Touristen die langen und beschwerlichen Wege nicht, um von den namhaftesten der korrischen Banditen Autogramme zu erhalten, während sie unterwegs mit Gruppen den Berichten der Führer lauschten, die ihnen die „historischen Orte“ zeigten, wo die Räuber ihren Opfern auflauerten, um sie aus dem Sinterhalt niederzuknallen.

trauen hoffender Menschen ausgezeichnet wurden, dreifach wichtig die Entscheidungen, an deren Zustandekommen diese Männer teilgenommen haben.

Sie, Herr Veltig, sind erst kurze Zeit in Thüringen, haben sich aber die Zuneigung weiter Kreise in so starkem Maße zu erringen gewußt, daß wir nicht gescheit haben, einen außerordentlichen Schritt zu unternehmen. Nach dem Auscheiden Gabriel Kellers aus dem Kreisrat hätte der auf der Liste folgende Bauer berufen werden müssen. Und so fort. Die Leute aber, die genannt waren, verhielten sich auf ihn zusehender Amt. Wir entschlossen uns deshalb, Sie zu bitten, unseren Tagungen beizuwohnen. Verstehen Sie wohl, nicht als ein Mitglied, das an Abstimmungen teilnehmen darf und Rechte hat, sondern als ein freiwillig zu unseren Beratungen Einzugesogener. Die gewisse Einschränkung, die Sie erleiden müssen, wollen Sie bitte nicht übel auslegen. Nach bestehenden und festen Vorschriften war anders nicht zu handeln. Seien Sie unserer Anerkennung gewiß und erfüllen Sie den Wunsch aller, und Ihren Rat nicht vorzuenthalten zu wollen. Je mehr —

Sier unterbrach Veltig die Rede des Landrates, indem er aufsprang, seinen Stuhl zurückwarf und hinausstürzte.

„Nanu — was fällt dem ein — was ist geschehen?“ wunderte man sich um schüttelte den Kopf.

Ein derartiges Benehmen war fremdartig, ungemohnt.

„Es mag sein, daß ihm schlecht geworden ist“, meinte der alte Bauer, der Veltig Gesellschaft in der Wirtschaft geleistet hatte. „Er bestellte sich einen Wein und trank noch zwei oder drei. Er machte einen sonderlichen, verstörten Eindruck.“

„Warten wir ab, bis er wiederkommt“, entschied der Landrat. „Gehen wir zum ersten Punkt der Tagesordnung über. Er betrifft die Arbeitslosigkeit in Schmied.“

Es wurden Schriften vorgelesen, man nahm zu der Angelegenheit Stellung und sprach sich aus. (Fortsetzung folgt.)

## Die Brüder

Ein Roman von Johannes Heinrich Braach, Hildburghausen.

(Nachdruck verboten!)

(46)

Der Fall bekam ein noch interessanteres Aussehen. Nach wurde von seiner Frau auf ein eingetroffenes Telegramm aufmerksam gemacht. Er eilte in seine Amtsstube, kam wieder und las den beiden Männern vor: „Vorstich nach einem Herrn. Alter: 50. Große Figur, kräftig, breit, Haare schwarz. Muß in letzten Tagen verstorben sein. Polizeipräsident, Samarra.“

„Verreist gewesen sein? Verreist?“ rief der Jäger hervor. „Ich möchte nur, daß in dieser Gegend Veltig sich während der vergangenen Woche in München herumgetrieben hat.“

„Beschreibung könnte auf ihn passen“, bestätigte der Gendarm.

„Meine Herren weiter. Es hat sich eine neue Tat ereignet“, drängte der Major, und fuhr mit der Hand nach der Kreisstadt zu. Der Jäger wollte mit, aber der Detektiv vermehrte ihm die Absicht.

„Gendarm und Jäger“, sagte er, „meine Herren, das ist zu auffallend. Da denkt schon ein Geis, daß sich eine Unrichtigkeit zugezogen hat. Ausgeschlossen.“

Also sah Heid dem anziehenden und abwandelnden Wagen mit Betrübnis nach und setzte sich zum Halberhof in Marz.

✱

Veltig war am gleichen Morgen mit einem gebrühten Brummhübel erwacht. Er ärgerte sich darüber. Aber noch mehr bereitete ihm Sorge, daß er sich am vergangenen Tage dazu hinreißte, aus verborgenen Schächeln zwei Stücke auszufischen und sie seiner Tochter und dem vermeintlichen Mann ihrer Wahl zu schenken. Er warf sich vor, daß er den Pfad der Sicher-

heit verlassen und sich in unnötige Gefahr begeben habe. Er schimpfte sich töricht, und warf nach einer Ake, als sie den Buckel krümmte. Das bedeutete Unheil, wußte er und lief in die Küche, um Omelette mit seiner Frau anzufangen. Da sie die Stärkere war, daß heißt, da sie ihm sowohl in der Verbindlichkeit der Zunge als auch in der Schärfe ihrer Antworten überlegen war, zog er den Kürzeren und eilte auf sein Feld, um die mit der letzten Ernte beschäftigten Knechte anzufahren. Sein Groll, der Unglimm gegen sich selbst, mußte einen Ausfluß haben.

Nach dem Mittagessn wurde Veltigs Stimmung besser. Er erblickte die Schatten, die er vorher zu sehen glaubte, nicht mehr so schwarz, und gewann die Überzeugung, daß alles im besten Wege bleiben werde. Er telephonierte den Gasthof, in dem er am Abend vorher geest hatte, an und frag nach Professor Schüller. Als ihm zur Antwort wurde, daß er ausgegangen sei, aber geestert habe, am Abend zum Viskerhofe hinauszuwahren zu wollen, wurde er völlig zufrieden, überließ mit seiner Tochter und ermahnte sie, den ihr überlassenen Schmuck nur bei feierlichen Anlässen zu tragen. Er meinte, daß Ungehen an jedem Gölbe hänge.

Frühzeitig ließ er anspannen und sich zum weitgelegenen Bahnhof bringen. Er hatte einen dunklen Anzug angezogen, denn er glaubte es der ersten Kreisratsitzung, an der er teilnehmen sollte, und seiner Einführung schuldig zu sein. In der Stadt begegnete er dem Vorstehenden, einem alten Bauer, und lud ihn ein, mit ihm ein Glas Bier zu trinken. Zeit sei genügend vorhanden. Zudem wolle er sich danach erkundigen, wie der Verlauf einer Tagung zu sein pflege.

Als der Begleiter von einem Herrn begrüßt wurde, stellte Veltig mehr aus der Wist, ein flüchtiges Gespräch aufkommen zu lassen, als aus Neugier die Frage:

„Ein Großhändler? Fruchtankäufer?“

„Ein Major.“

„Wer?“

„Dr. Schüller.“

„Wie?“



# Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1

62-002 Suchy Las

[www.digital-center.pl](http://www.digital-center.pl)

[biuro@digital-center.pl](mailto:biuro@digital-center.pl)

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

**Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.**

**Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.**

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**